

# Wing

(er Zeitung.)

Nummer 40, 41, 42, 43.

**Preis der Anzeigen:**

Kolonelzeile 60 d. Abendbl. 75 d.  
 Reklamen #2.—, Abendbl. #2.50  
 Familienanzeigen #1.—, zuzügl.  
 10% Kriegszuschlag, Platz- und  
 Daten-Vorschrift, ohne Verbind-  
 lichkeit. — Anzeigen nehmen an:  
 Unsere Expeditionen in Frankfurt  
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37,  
 Schillerstr. 30, Mainz: Schillerpl. 5,  
 Berlin: Manerstraße 16/18 Dresdner:  
 Waisenhausstr. 25, München: Per-  
 nassstr. 5, Offenbach: Biebererstr. 34,  
 Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nord-  
 straße 62. Uns. übrige Agentur.  
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner in  
 New York: 20 Broad Street.  
 Verlag u. Druck der Frankfurter  
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.  
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4136.

## Der Staat und die Kohle.

Während im Reiche Maßnahmen zur Kohlenerspar-  
 rung (wie früheren Baden- und Wirtschaftsschluß, Ein-  
 schränkung der Lichtreklamen und der Straßenbeleuchtung und  
 Ähnliches) erwogen werden, nicht, weil es uns an Kohlen  
 fehlt, sondern weil wir die Arbeit der Menschen und  
 die Wagen der Eisenbahnen jetzt nicht für überflüs-  
 sige Dinge verwenden dürfen, erfordern auch manche Dinge,  
 die sich in Preußen zwischen Staat und Kohle abwickeln,  
 weitere Beachtung. Ueber die Weitergestaltung der Koh-  
 lenpreise werden nämlich schon seit längerer Zeit zwi-  
 schen den westfälischen Zechenbesitzern und dem preußi-  
 schen Handelsminister Verhandlungen, die das In-  
 teresse größerer Verbraucherschichten sehr stark berühren, ge-  
 führt. Die privaten Gruben des Kohlensyndikats haben eine  
 sehr beträchtliche Preissteigerung gefordert, und vor kurzem  
 hieß es, daß der Handelsminister eine Preiserhöhung, wenn  
 auch nicht um zwei bis drei Mark, so doch etwa um anderthalb  
 Mark für die Tonne zu bewilligen bereit sei. Die für heute  
 angelegte Sitzung des Kohlensyndikats, in der hierüber end-  
 gültig beschlossen werden sollte, ist aber wieder vertagt wor-  
 den. Der Entschluß des Handelsministers steht noch nicht  
 fest, er soll erst Mitte Dezember ergehen; offenbar haben die  
 aus Verbraucherkreisen, unter anderem auch von dem Vor-  
 stand des Deutschen Städtetages, ihm gemachten Einwen-  
 dungen gegen eine weitere Preissteigerung für Kohle ihn zu  
 einer nochmaligen Prüfung veranlaßt. Das wäre dringend  
 zu wünschen. Die Kohlengruben verweisen zur Begründung  
 ihrer Preiserhöhungswünsche auf die fortgesetzte Erhöhung  
 der Selbstkosten. Aber Tatsache ist, daß bisher die Gewinne  
 der Zechen trotzdem sehr günstige gewesen sind. Es ist nicht  
 recht einzusehen, warum die Preiserhöhung eintreten soll,  
 bevor die Notwendigkeit ziffernmäßig belegt werden kann.  
 Dem Bergbau bringt heute nicht nur das Inlandgeschäft,  
 sondern auch vor allem der sonst oft so unrentable Auslands-  
 absatz infolge der gewaltigen Steigerung der Weltmarktpreise  
 durch den Krieg sehr hohe Gewinne, derart, daß statt der  
 Umlage, die sonst das Syndikat als Regiekosten und für  
 Mindereinnahmen im Auslande von den Zechen erheben  
 mußte, jetzt umgekehrt noch Vergütungen von dem Syndikat  
 an seine Mitglieder gezahlt werden. Das darf man nicht  
 übersehen. Und man darf auch nicht, wie es vielfach ge-  
 schieht, einfach auf die Gewinne der Kriegsindu-  
 strien verweisen und daraus schließen, daß, wenn diese  
 Kohlenabnehmer so hohe Gewinne machen, auch die Kohle  
 selbst ihre Kriegskonjunktur haben müsse. Einmal gehören  
 ja zu den Kohlenabnehmern nicht nur die hoch rentierenden  
 Munitionsfabriken, sondern auch die ganze Reihe derjenigen  
 Industrien und Erwerbszweige, die schwer unter dem Kriege  
 zu leiden haben, und die große Masse der Verbraucher in  
 Stadt und Land. Vor allem aber wäre es viel richtiger, die  
 übertriebene Kriegskonjunktur überhaupt herunterzudrücken,  
 statt ihr in der Kohle einen neuen Teilnehmer zu schaffen.  
 Steigen jetzt die Kohlenpreise, so wird das allgemeine  
 Preisniveau wieder um eine Schraubenwindung nach  
 oben gedreht, sicher nicht im allgemeinen Interesse. Pro-  
 duktionsförderung durch hohe Preise ist wirklich eine  
 bescheidene Weisheit. Und wenn jetzt wieder behauptet wird,  
 man müsse, um eine hohe Produktion zu erzielen, die Kohlen-  
 preise so festsetzen, daß auch die am schlechtesten rentierenden  
 Gruben einen Anreiz zu möglichst hoher Produktion finden,  
 so ist das eine Verkennung der Sachlage. Die Kohlenfrage  
 ist jetzt, wie heute alle Produktion und sogar in noch viel  
 höherem Grade als alle übrigen, in erster Linie eine Arbeiter-  
 frage. Es wird so viel gefördert, wie wir Arbeiter haben.  
 Und in dem Sinne des Gesetzes über die vaterländische Hilfs-  
 dienstpflicht wäre es durchaus, wenn Arbeiter aus den teuer  
 und schlecht fördernden Gruben in andere, billig und reich-  
 lich fördernde übergeführt würden. Das wäre eine bessere  
 Produktionsförderung, als eine weitere starke Preiserhöhung  
 für die Kohlen. Dem ganzen Bergbau aber und der Kohlen-  
 versorgung überhaupt täte vor allem eine Minderung des  
 Wagenmangels not, wofür ja wenigstens die ersten Schritte  
 jetzt im Gange sind.

Während diese Erwägungen über die neue Preisfestsetzung  
 für Kohle noch schweben, hört man von neuen Syndizie-  
 rungs-Versuchen an der Saar, und zwar ist  
 hier der preußische Bergfiskus die treibende Kraft.  
 Die Bemühungen gehen ja schon lange. Früher hatte der  
 Fiskus einmal die Einbeziehung des Saarbergbaus in das  
 Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, das dann zu einem  
 westdeutschen Syndikat erweitert worden wäre, als Beding-  
 ung für seinen Beitritt gefordert. Das ist aufgegeben wor-  
 den. Nun kommt man wieder auf den Plan der Syndizie-  
 rung des Saar-Bergbaus zurück in Verhandlungen, die schon  
 längere Zeit schweben, die auch nicht mit absoluter Dringlich-  
 keit betrieben werden, die aber früher oder später doch zu  
 einem Resultat führen würden und deshalb schon jetzt Beach-  
 tung verdienen. Die Lage ist hier sehr eigenartig durch die  
 überwiegende Stellung des Fiskus: von den 17 Millionen  
 Tonnen Saarkohlen im letzten Friedensjahre kamen auf den  
 Fiskus allein 13 Millionen Tonnen. Die Neigung zu einer  
 Syndizierung ist schon aus diesem Grunde bei den priva-  
 ten Gruben nur sehr gering; sie fürchten, in einem Saar-  
 Syndikat durch den Fiskus majorisiert zu werden, fürchten  
 wohl auch, daß ein unter Leitung des Fiskus stehendes Saar-  
 Syndikat gegenüber dem Rheinisch-Westfälischen Syndikat  
 mit seiner größeren Geschäftsgewandtheit leicht etwas ins  
 Hintertreffen kommen würde. Und vor allem ist ihre Stel-  
 lung als Außenseiter so günstig wie möglich. Sie sind in  
 ihrer Produktion an keine Kontingents-Ziffer gebunden. Sie  
 sind bei guter Konjunktur in ihrer Preisbemessung, so lange  
 das Reich keine Höchstpreise festsetzt, unbeschränkt und er-  
 zielen z. B. jetzt tatsächlich erheblich höhere Inlandspreise  
 als der an die allgemeinen Gesichtspunkte der staatlichen  
 Preispolitik gebundene Fiskus. Sie sind andererseits bei  
 schlechter Konjunktur durch die Preisfestsetzung des Kohlen-  
 Syndikats und der fiskalischen Zechen gesichert und brauchen  
 diese nur um Weniges zu unterbieten, um jenen einen guten  
 Teil des Absatzes abzunehmen. Kein Wunder, daß sie hier  
 ganz im Gegensatz zu ihren Kollegen an Ruhr und Rhein  
 durchaus nicht syndikatslustiger sind, sie haben's nicht nötig.  
 Auf der anderen Seite aber wird geltend gemacht, daß gerade  
 diese Ungebundenheit der außenstehenden privaten Saargehen  
 künftig auch im allgemeinen Interesse noch weniger erwünscht  
 als vorher sein würde. Denn die allgemeinen wirtschaftlichen  
 Verhältnisse nach dem Kriege und die Möglichkeiten, die sich  
 dann gerade für die Kohle bieten dürften, werden dann ein  
 einheitliches Vorgehen des gesamten deutschen Kohlenberg-  
 baus auf den ausländischen Märkten dringend notwendig  
 machen. Es wäre dann eine Schädigung wichtiger allgemei-  
 ner Interessen, wenn die privaten Saargruben, bei denen  
 ja, wie bekannt, auch französisches Kapital eine gewisse Rolle  
 spielt, ungebunden für sich vorsehen könnten und dadurch,  
 zum Schaden unserer Volkswirtschaft und speziell auch unse-  
 rer Valuta, die Preise verderben könnten. Wir werden  
 gerade mit der Kohle planmäßige Ausfuhrpoli-  
 tik zu treiben haben, und das geht nur durch Verbandsbil-  
 dung, die die Einheitlichkeit und die richtige Ausnutzung aller  
 Informationsquellen über die tatsächliche Lage der verschiede-  
 nen ausländischen Märkte ermöglicht. Außenseiter, die auf  
 dem Auslandsbergsyndikat ihre Sonderinteressen pfl-  
 egen, seien demgegenüber kein schützenswertes Interesse.

Was wird diesen Argumenten eine Berechtigung nicht ab-

78